



ÜBERSETZUNG  
STAATSRAT  
Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 69.701/1/V  
vom 6. August 2021

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen  
Gemeinschaft ‚über die elektronische Überwachung im Rahmen  
der Strafvollstreckung‘

Am 22. Juni 2021 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Vize-Ministerpräsidenten, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, die von Rechts wegen bis zum 6. August 2021 verlängert wurde<sup>(\*)</sup>, ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der ersten Ferienkammer am 3. August 2021 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Geert DEBERSAQUES, Kammerpräsident, Präsident, Wilfried VAN VAERENBERGH, Kammerpräsident, Pierre BARRA, Staatsrat, Jan VELAERS, Beisitzer, und Annemie GOOSSENS, Greffier.

Der Bericht wurde von Frédéric VANNESTE, Erster Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 6. August 2021 abgegeben.

\*

---

<sup>(\*)</sup> Diese Verlängerung ergibt sich aus Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 *in fine* der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, dem zufolge diese Frist von Rechts wegen um fünfzehn Tage verlängert wird, wenn sie zwischen dem 15. Juli und dem 31. Juli einsetzt oder zwischen dem 15. Juli und dem 15. August abläuft.

1. Unter Anwendung von Artikel 84 § 3 Absatz 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung hauptsächlich darauf konzentriert, die Befugnis des erlassenden Organs, die Rechtsgrundlage<sup>1</sup> sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

\*

### TRAGWEITE DES VORENTWURFS

2. Der zur Begutachtung vorgelegte Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft zielt darauf ab, die rechtlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Kapazität zur Gewährleistung der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung und des Stundenplans der zu einer Freiheitsstrafe von höchstens drei Jahren verurteilten Betroffenen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festzulegen.

### FORMVORSCHRIFTEN

3. Das verbindliche Gutachten der im Gesetz vom 3. Dezember 2017 , zur Schaffung der Datenschutzbehörde‘ erwähnten (föderalen) Datenschutzbehörde ist beantragt worden, aber ist bei der Abgabe des vorliegenden Gutachtens noch nicht verfügbar.

Sollte an dem dem Staatsrat vorgelegten Text infolge dieses Gutachtens noch Abänderungen vorgenommen werden<sup>2</sup>, so sind die abgeänderten oder hinzugefügten Bestimmungen zwecks Einhaltung der Vorschrift von Artikel 3 § 1 Absatz 1 der Gesetze über den Staatsrat der Gesetzgebungsabteilung vorzulegen.

4. Die Gemeinschaften sind gemäß Artikel 5 § 1 III Absatz 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 , zur Reform der Institutionen‘ für die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist, zuständig. Laut dessen Absatz 2 bestimmt die Föderalbehörde jedoch die Aufgaben, die die Justizhäuser oder gegebenenfalls die anderen Dienste der Gemeinschaften, die diese Aufgaben übernehmen, im Rahmen des Gerichtsverfahrens oder der Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidungen ausüben. Artikel 6 § 3bis Nr. 4 desselben Gesetzes bestimmt zudem, dass es Absprachen zwischen den betreffenden Regierungen und der betreffenden Föderalbehörde über die Änderung der in Artikel 5 § 1 III Absatz 2 erwähnten Aufgaben getroffen werden.

---

<sup>1</sup> Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

<sup>2</sup> Nämlich andere als die in diesem Gutachten erwähnten Abänderungen oder Abänderungen, die darauf abzielen, den in diesem Gutachten formulierten Bemerkungen gerecht zu werden.

Auf die Frage, ob über den vorliegenden Vorentwurf Absprachen getroffen worden sind, antwortete die Beauftragte:

„In der Sitzung der Interministeriellen Konferenz der Justizhäuser vom 31. Mai 2021 hat der zuständige Minister angekündigt, dass ein Dekretentwurf in Bearbeitung ist. Dies wurde im Protokoll der Sitzung festgehalten. Der Inhalt des Entwurfs wird in einer der nächsten Vorbereitungsitzungen für die Interministerielle Konferenz vorgestellt“.

Sollte an dem dem Staatsrat vorgelegten Text infolge dieser Konzertierung noch Abänderungen vorgenommen werden<sup>3</sup>, so sind die abgeänderten oder hinzugefügten Bestimmungen zwecks Einhaltung der Vorschrift von Artikel 3 § 1 Absatz 1 der Gesetze über den Staatsrat der Gesetzgebungsabteilung vorzulegen.

### ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

5.1. Die Beauftragte erläutert die entworfene Regelung wie folgt:

„Zur vollständigen Information und wie im Kommentar zu Artikel 6 des Entwurfs erläutert, gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kein Zentrum für elektronische Überwachung. Artikel 3 Absatz 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 10. Dezember 2014 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Verwaltung der elektronischen Überwachung sieht vor, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft, insofern sie keinen eigenen operativen Dienst einrichtet, für die Durchführung der elektronischen Überwachung die Kapazität der Flämischen und/oder Französischen Gemeinschaft beanspruchen kann. Auf dieser Grundlage wurde das Zusammenarbeitsprotokoll vom 16. Dezember 2015 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Justizhäuser und das Zentrum für Elektronische Überwachung verabschiedet, sodass die Deutschsprachige Gemeinschaft sich zur Gewährleistung der Durchführung der Aufträge an das Zentrum für elektronische Überwachung der Französischen Gemeinschaft wendet.

Dieses Konstrukt hat zur Folge, dass das Dekret über die elektronische Überwachung im Rahmen der Strafvollstreckung nach dem Muster des entsprechenden Dekretentwurfs der Französischen Gemeinschaft geschrieben werden musste (Projet de décret relatif à la capacité de placement de la Communauté Française pour assurer la mise en œuvre et le suivi de la surveillance électronique, et au programme-horaire des justiciables condamnés à une peine privative de liberté de trois ans ou moins). Letzterer wurde dem Staatsrat schon zur Begutachtung vorgelegt. Das entsprechende Gutachten Nr. 69.359/2 wurde am 3. Juni 2021 abgegeben. Dieses Gutachten wurde von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Kenntnis genommen und wird dementsprechend berücksichtigt werden“.

Diese Erläuterung ist mit den Kommentaren zu Artikel 6 des Vorentwurfs in der Begründung vereinbar.

---

<sup>3</sup> Ibid.

Der Dekretvorentwurf und das Gutachten des Staatsrates, auf die die Beauftragte hinweist, betreffen den Vorentwurf eines Dekrets der Französischen Gemeinschaft ‚relatif à la capacité de placement de la Communauté française pour assurer la mise en œuvre et le suivi de la surveillance électronique, et au programme-horaire des justiciables condamnés à une peine privative de liberté de trois ans ou moins‘, über den der Staatsrat am 3. Juni 2021 das Gutachten 69.359/2 abgegeben hat (das Gutachten und der Vorentwurf sind auf <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/adviezen/69359.pdf> einzusehen).

5.2. Im Lichte des Obenstehenden bezieht der Staatsrat somit auch das o.a. Gutachten in die vorliegende Untersuchung mit ein und übernimmt er die darin formulierten Bemerkungen, insofern sie relevant sind, wobei jedes Mal auf die entsprechenden Bestimmungen im vorliegenden Vorentwurf hingewiesen wird.

## UNTERSUCHUNG DES TEXTES

### Artikel 2

6. Artikel 2 Nr. 6 des Vorentwurfs definiert den Begriff „elektronische Überwachung“. Hier gilt sinngemäß die folgende im Gutachten 69.359/2 formulierte Bemerkung:

„Le 18<sup>o</sup><sup>[4]</sup> tend à définir la ‘surveillance électronique’.

Or, comme cela résulte de l’exposé des motifs, du commentaire de l’article 1<sup>er</sup> et, plus fondamentalement, de la répartition des compétences organisée par la loi spéciale du 8 août 1980 ‘de réformes institutionnelles’, spécialement de son article 5, § 1<sup>er</sup>, III, la surveillance électronique constitue une peine ou une mesure prononcée en vertu de différentes législations fédérales (la loi du 17 mai 2006 ‘relative au statut juridique externe des personnes condamnées à une peine privative de liberté et aux droits reconnus à la victime dans le cadre des modalités d’exécution de la peine’, la loi du 20 juillet 1990 ‘relative à la détention préventive’, la loi du 5 mai 2014 ‘relative à l’internement’ et les articles 37<sup>ter</sup> et 37<sup>quater</sup> du Code pénal). En soi, il n’appartient pas à la Communauté française de définir ce qu’il y a lieu d’entendre par ‘surveillance électronique’.

Elle peut cependant, concernant ce concept, afin de clairement identifier le champ d’application de l’avant-projet, renvoyer aux différentes législations fédérales instaurant un mécanisme de ‘surveillance électronique’ dont l’avant projet de décret entend assurer la mise en œuvre et le suivi.

Le 18<sup>o</sup> sera revu en ce sens. Afin d’anticiper d’éventuelles évolutions de la législation fédérale sur ce point, le 18<sup>o</sup> pourrait être assorti d’une habilitation au Gouvernement lui permettant de modifier et de compléter les références qui seraient ainsi faites aux législations actuellement pertinentes“.

---

<sup>4</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 2 Nr. 6.

7. Artikel 2 Nr. 11 des Vorentwurfs definiert den Begriff „Anbringung“. Hier gilt sinngemäß die folgende im Gutachten 69.359/2 formulierte Bemerkung:

„Au 12<sup>o[5]</sup>, conformément au commentaire de cette disposition, il convient de préciser expressément que le placement d'un dispositif de surveillance électronique implique également le retrait de celui-ci au terme de la mission, ainsi que les interventions techniques de maintenance sur le matériel“.

8. Artikel 2 Nr. 16 des Vorentwurfs definiert den Begriff „Vorfall“. Im Lichte der deutlichen Umschreibung in Artikel 12 des Vorentwurfs gilt sinngemäß hier die folgende im Gutachten 69.359/2 formulierte Bemerkung:

„3. [Compte tenu de ce que les hypothèses visées par la notion d'‘incident’ sont clairement circonscrites par l'article 18<sup>[6]</sup> de l'avant-projet, la définition de cette notion, telle qu'elle figure au 8°, est inutile et sera, partant, omise“.

### Artikel 8

9.1. Artikel 8 des Vorentwurfs entspricht Artikel 13 des o.a. Vorentwurfs eines Dekrets der Französischen Gemeinschaft ‚relatif à la capacité de placement de la Communauté française pour assurer la mise en œuvre et le suivi de la surveillance électronique, et au programme-horaire des justiciables condamnés à une peine privative de liberté de trois ans ou moins‘. Somit gelten sinngemäß hier die folgenden im Gutachten 69.359/2 formulierten Bemerkungen und Ersuchen um Präzisierung des Textes:

„Il est prévu que le service compétent exécute l'ensemble des missions qui lui sont confiées par les autorités mandantes dans les délais légaux et que, si la capacité de placement ou des circonstances exceptionnelles dûment justifiées ne permettent pas au service compétent d'exécuter l'ensemble de ses missions dans ces délais, il réalise ses missions suivant l'ordre chronologique dans lequel elles lui ont été confiées en accordant une priorité aux justiciables incarcérés. D'autres critères de priorisation peuvent toutefois être utilisés tels que ‘le type de fait commis par le justiciable’, ‘le risque encouru par la victime’ ou encore ‘la situation personnelle du justiciable’.

Dès lors que le principe d'égalité et de non-discrimination impose que les justiciables placés dans des situations comparables soient traités de manière égale, la question se pose de savoir si les critères ainsi énoncés, qui reposent sur une appréciation subjective de l'autorité compétente, dont on ne perçoit pas la portée exacte, ne pourraient pas être précisés en manière telle qu'ils puissent être objectivés. Si, compte tenu de la matière réglée, le dispositif ne peut être davantage précisé, les critères mentionnés au paragraphe 3 seront davantage explicités et illustrés que dans le texte actuel du commentaire de la disposition par des éléments et des exemples pertinents ayant conduit l'auteur de l'avant-projet à retenir ces critères.

<sup>5</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 2 Nr. 11.

<sup>6</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 12.

Il semble, compte tenu de l'objet même de ces décisions <sup>7</sup>, que la délivrance d'un mandat d'arrêt et toute autre décision ultérieure des juridictions d'instruction prolongeant la détention préventive prenant la forme d'une surveillance électronique doit en tout état de cause être appliquée de manière immédiate par l'autorité compétente'. Le texte devrait le préciser“.

9.2. Zudem erhebt sich die Frage, ob beabsichtigt wird, durch den entworfenen Paragraphen 3 auch von dem in Paragraph 2 den Inhaftierten gewährten Vorrang abweichen zu können.

Die Beauftragte antwortet diesbezüglich:

„Es ist beabsichtigt, dass durch Artikel 8 §3 von dem Vorrang, der Inhaftierten gemäß §2 gewährt wird, abgewichen werden kann“.

Es wäre besser, dass diese Erläuterung in die Begründung aufgenommen wird.

9.3. Die Frage erhebt sich, wie der „zuständige Dienst“ *in concreto* handeln soll, wenn zum Beispiel die Kapazität fehlt, um die elektronische Überwachung auszuführen, obwohl der Richter sie auferlegt hat.

Um Erläuterungen gebeten, erklärte die Beauftragte Folgendes:

„Durch die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai 2006 (Gesetz über die externe Rechtsstellung der zu einer Freiheitsstrafe verurteilten Personen und die dem Opfer im Rahmen der Strafvollstreckungsmodalitäten zuerkannten Rechte), bezüglich der Betroffenen, die zu einer oder mehreren Freiheitsstrafen von höchstens drei Jahren verurteilt sind, welche gemäß des Gesetzes vom 16. März 2021 am 1. Dezember 2021 in Kraft treten, liegt die Verantwortung für die Anbringung einer elektronischen Überwachung ab Entscheidung der auftraggebenden Behörde bei den Gemeinschaften.

In der Praxis wird gemäß der in Artikel 8 definierten Vorgehensweise verfahren“.

Diese Erläuterungen bieten keine Antwort auf die Frage, was passiert, falls die Kapazität nicht reicht, um Gerichtsentscheidungen nachzukommen. Eine triftige Antwort auf diese Frage ist jedoch notwendig, um die Einhaltung des Gleichgewichts zwischen den Gewalten prüfen zu können und das Maß der Einmischung in die Grundrechte der Betroffenen (siehe Artikel 2 Nr. 4 des Vorentwurfs) beurteilen zu können, sowie um zu beurteilen, wie dieser Dekretvorentwurf in die in Artikel 5 § 1 III des Sondergesetzes vom 8. August 1980 festgelegte Zuständigkeitsverteilung zwischen der Föderalbehörde und den Gemeinschaften hineinpassen kann. Ohne diese Antwort kann der Staatsrat nicht beurteilen, ob die Deutschsprachige Gemeinschaft und, aus internationaler Perspektive, Belgien, ihren internationalen Verpflichtungen in Sachen Grundrechte und -freiheiten nachkommen.

Diese Angelegenheit sollte in der Begründung verdeutlicht werden.

<sup>7</sup> Fußnote 10 aus dem zitierten Gutachten: Il est rappelé qu'aux termes de l'article 16, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, de la loi du 20 juillet 1990 'relative à la détention préventive', ce n'est qu'“[e]n cas d'absolue nécessité pour la sécurité publique” que “le juge d'instruction peut décerner un mandat d'arrêt”.

### Artikel 13

10. In Artikel 13 Absatz 2 des Vorentwurfs wird die Möglichkeit vorgesehen, dass die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (nachstehend: die Regierung) noch weitere Maßnahmen festlegen kann, die der zuständige Dienst bei einem Verstoß gegen den Stundenplan gegenüber dem Betroffenen ergreifen kann.

Was diese Möglichkeit betrifft, gilt dementsprechend die folgende im Gutachten 69.359/2 formulierte Bemerkung:

„Les mesures pouvant être prises par le service compétent à l’égard du justiciable qui n’a pas respecté le programme horaire modélisent l’exécution de la peine de celui-ci et portent atteinte à sa vie privée.

Par conséquent, l’article 19<sup>[8]</sup> de l’avant-projet doit énoncer une liste exhaustive des mesures qui peuvent ainsi être adoptées, à tout le moins dans leurs principes“.

Der entworfene Absatz 2 ist auszulassen bzw. dahingehend zu beschränken, dass bestimmt wird, dass die Regierung die Modalitäten zur Durchführung dieser Maßnahmen festlegen kann.

11. Bezüglich der entworfenen Maßnahmen erklärte die Beauftragte Folgendes:

„Gemäß Artikel 13 Punkt 4 besteht bei Nichteinhaltung einer Maßnahme die Möglichkeit einer Meldung an die auftraggebende Behörde. Die Entscheidung, den Betroffenen zurück ins Gefängnis zu schicken, liegt anschließend bei der auftraggebenden Behörde“.

Es ist ratsam, diese Erläuterung in die Begründung aufzunehmen.

### Artikel 14

12. In Artikel 14 des Vorentwurfs wird keine strafrechtliche Sanktion bei Missachtung der hierin bestimmten Pflicht zur vertraulichen Behandlung vorgesehen.

Um Erläuterungen gebeten, erklärte die Beauftragte Folgendes:

„Das Ziel dieses Artikels ist vor allem die Einführung einer Diskretionspflicht für all jene Personen, die nicht bereits strengeren Verpflichtungen, wie beispielsweise dem Berufsgeheimnis, unterliegen („unbeschadet anderslautender gesetzlicher und dekretaler Bestimmungen ...“).

Eine Strafbestimmung wurde bewusst nicht eingefügt, da dies nicht als opportun bewertet wurde. Diejenigen, die unter das Berufsgeheimnis fallen und demnach strengeren Verpflichtungen unterliegen (wie zum Beispiel Sozial- oder Justizassistenten), unterliegen ohnehin der Geheimhaltungspflicht im Sinne des Strafgesetzbuches. Diejenigen, auf die das nicht zutrifft, sollen durch vorliegenden Artikel nicht zwangsläufig einer strengeren Handhabung als bisher unterworfen werden. Bei Nicht-Einhaltung drohen andere

---

<sup>8</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 13.

Sanktionen, beispielsweise disziplinarrechtliche Sanktionen für Personalmitglieder im öffentlichen Dienst oder aber Vertragsstrafen bei externen Personen“.

Es ist ratsam, diese Erläuterungen in die Begründung aufzunehmen.

#### Kapitel 4 (Artikel 14 bis 22)

13.1. Im o.a. Gutachten 69.359/2 hat der Staatsrat einige ähnliche Bestimmungen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Vorentwurf eines Dekrets der Französischen Gemeinschaft ausführlich untersucht. Der Staatsrat stellt fest, dass die nachstehend aufgenommenen Bemerkungen auch für die entsprechenden Bestimmungen im vorliegenden Dekretvorentwurf, auf die jedes Mal in Fußnote hingewiesen wird, gelten.

Somit gelten die folgenden im Gutachten 69.359/2 formulierten Bemerkungen und Vorschläge in Sachen Datenschutz und Informationsverarbeitung sinngemäß für die Bestimmungen von Kapitel 4 des vorliegenden Vorentwurfs.

13.2. Allgemeine Bemerkung über die Bestimmungen dieses Kapitels

Die folgende im o.a. Gutachten 69.359/2 formulierte Bemerkung gilt ebenfalls für den vorliegenden Vorentwurf:

„Chapitre I<sup>er</sup> - Section 4 – Traitement de données à caractère personnel et des informations

1. Les articles 5 à 11<sup>[9]</sup>, qui forment la section 4 du chapitre I<sup>er</sup> de l'avant-projet à l'examen, organisent et encadrent les traitements de données à caractère personnel effectués par le service compétent.

De tels traitements constituent des ingérences dans le droit au respect de la vie privée des personnes concernées, garanti notamment par l'article 22 de la Constitution et l'article 8 de la Convention européenne des droits de l'homme. Pour être admissible au regard des dispositions précitées, l'ingérence dans l'exercice du droit au respect de la vie privée doit être définie en des termes clairs et suffisamment précis qui permettent d'appréhender de manière prévisible les hypothèses dans lesquelles le législateur autorise une pareille ingérence. Toute ingérence dans le droit au respect de la vie privée doit, en outre, reposer sur une justification objective et raisonnable et, par conséquent, être proportionnée aux buts poursuivis par le législateur<sup>[10]</sup>.

En outre, conformément à l'article 22 de la Constitution, tout traitement de données à caractère personnel et, plus généralement, toute atteinte au droit à la vie privée, sont soumis au respect d'un principe de légalité formelle. En réservant au législateur compétent le pouvoir de fixer dans quels cas et à quelles conditions il peut être porté atteinte au droit au respect de la vie privée, l'article 22 de la Constitution garantit à tout citoyen qu'aucune ingérence dans l'exercice de ce droit ne peut avoir lieu qu'en vertu de règles adoptées par une assemblée délibérante, démocratiquement élue. Une délégation à un autre pouvoir n'est toutefois pas contraire au principe de légalité, pour autant que

<sup>9</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf die Artikel 14 bis 22.

<sup>10</sup> Fußnote 2 aus dem zitierten Gutachten: Avis n° 68.936/AG donné le 7 avril 2021 sur un avant-projet de loi 'relative aux mesures de police administrative lors d'une situation d'urgence épidémique' (Doc. parl., Chambre, 2020-2021, n° 1951/1, pp. 55 à 127, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/68936.pdf>).

l'habilitation soit définie de manière suffisamment précise et porte sur l'exécution de mesures dont les 'éléments essentiels' sont fixés préalablement par le législateur<sup>[11]</sup>. Par conséquent, les 'éléments essentiels' des traitements de données à caractère personnel doivent être fixés dans la loi elle-même. À cet égard, la section de législation considère que, quelle que soit la matière concernée, constituent, en principe, des 'éléments essentiels' les éléments suivants : (1°) les catégories de données traitées, (2°) les catégories de personnes concernées, (3°) la finalité poursuivie par le traitement, (4°) les catégories de personnes ayant accès aux données traitées et (5°) le délai maximal de conservation des données<sup>12-[13]</sup>

(...)

Au surplus, la légalité formelle et matérielle, ainsi que la proportionnalité des traitements de données à caractères personnels autorisés et organisés par l'avant-projet, sont examinées dans le cadre des observations particulières formulées ci-après.

2. Compte tenu de ce qui précède, il peut toutefois être déjà observé, s'agissant des catégories de données à caractère personnel pouvant être traitées qui sont énumérées à l'article 8<sup>[14]</sup>, que plusieurs de ces catégories sont énoncées de manière fort large. Tel est le cas par exemple des notions de 'caractéristiques personnelles' (article 8, §§ 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3°, 2, 3°, et 4, 3°)<sup>[15]</sup> et de 'données financières' (article 8, §§ 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, et 4, 4°<sup>[16]</sup>).

Pareille manière de faire répond suffisamment à l'exigence de légalité formelle déduite de l'article 22 de la Constitution mais l'exigence de légalité matérielle requiert que l'article 8<sup>[17]</sup> soit complété par une habilitation au Gouvernement lui permettant de clarifier de quelles catégories de données moins indéterminées il est question en manière telle que le régime juridique du traitement soit sur ce point davantage prévisible et que l'on puisse vérifier si la liste des catégories de données concernées répond au principe de minimisation du traitement prescrit par l'article 5, paragraphe 1, c), du RGPD“.

### 13.3. Bemerkungen über Artikel 15 des Vorentwurfs

Die folgende im o.a. Gutachten 69.359/2 formulierte Bemerkung über die mit Artikel 15 übereinstimmende Bestimmung gilt ebenfalls für den vorliegenden Vorentwurf:

„Le fait d'identifier limitativement les hypothèses dans lesquelles le recours à des données analysées ne serait pas de nature à permettre d'atteindre les objectifs visés par les traitements effectués en matière de recherche scientifique et de statistiques permettrait de renforcer la protection de la vie privée des justiciables et de répondre à l'exigence de l'article 89, § 1<sup>er</sup>, du RGPD, selon laquelle le traitement à des fins de recherche scientifique ou statistiques doit être encadré de garanties appropriées pour les droits et libertés de la personne concernée, permettant notamment d'assurer la mise en place de

<sup>11</sup> Fußnote 3 aus dem zitierten Gutachten: Jurisprudence constante de la Cour constitutionnelle : voir notamment C.C., 18 mars 2010, n° 29/2010, B.16.1 ; C.C., 20 février 2020, n° 27/2020, B.17.

<sup>12</sup> Fußnote 4 aus dem zitierten Gutachten: Avis n° 68.936/AG précité.

<sup>13</sup> Die Dauer der Datenverarbeitung wird im Vorentwurf durch Artikel 18 geregelt. Diese Bestimmung entspricht nicht der oben formulierten Bemerkung, da die maximale Aufbewahrungsfrist nicht präzisiert wird.

<sup>14</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 §§ 2 bis 4.

<sup>15</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 3, § 3 Nr. 3 und § 4 Nr. 3.

<sup>16</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 4 und § 4 Nr. 4.

<sup>17</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 §§ 2 bis 4.

mesures techniques et organisationnelles pour assurer le respect du principe de minimisation des données“.

#### 13.4. Bemerkungen in Bezug auf Artikel 16 des Vorentwurfs

Die folgenden im o.a. Gutachten 69.359/2 formulierten Bemerkungen über die mit Artikel 16 übereinstimmende Bestimmung gelten ebenfalls für den vorliegenden Vorentwurf:

„1. Les finalités visées à l'article 6, § 1<sup>er</sup>, 5° à 7°, <sup>[18]</sup> concernent en réalité les finalités poursuivies par la surveillance électronique elle-même et se confondent avec les missions qui sont confiées au service compétent. Elles sont dès lors implicitement énoncées au sein des finalités visées par l'article 6, § 1<sup>er</sup>, 1° à 4°, <sup>[19]</sup> dès lors que celles-ci participent à la mise en œuvre et au suivi de la surveillance électronique. Elles ne constituent pas des finalités autonomes des traitements de données à caractère personnel autorisés lors de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique.

Il convient, dès lors, d'omettre les 5° à 7° de l'article 6, § 1<sup>er</sup>. <sup>[20]</sup>

2. L'article 6, § 1<sup>er</sup>, 4°, <sup>[21]</sup> énonce, à titre de finalité des traitements réalisés lors de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique, l'enregistrement de conversations téléphoniques du service compétent.

Cependant, il ne s'agit pas là d'une finalité mais de la description d'un traitement de données à caractère personnel en tant que tel.

Par conséquent, soit cet enregistrement participe à la réalisation des finalités citées à l'article 6, § 1<sup>er</sup>, 1° à 3°, <sup>[22]</sup> et il suffit alors de supprimer le 4° de cette disposition, soit ce traitement de données à caractère personnel poursuit une autre finalité qu'il convient alors de préciser au sein de l'article 6, § 1<sup>er</sup> <sup>[23]</sup> de l'avant-projet.

3. À l'article 6, § 2, <sup>[24]</sup> il y a lieu de clarifier quelles sont les 'autorités concernées' par la coopération évoquée par cette disposition“.

#### 13.5. Bemerkungen über Artikel 17 des Vorentwurfs

Die folgenden im o.a. Gutachten 69.359/2 formulierten Bemerkungen über die mit Artikel 17 übereinstimmende Bestimmung gelten ebenfalls für den vorliegenden Vorentwurf:

##### 13.5.1. In Bezug auf Artikel 17 § 1

„1. Le 2° <sup>[25]</sup> mentionne parmi des catégories de personnes visées par le traitement des données à caractère personnel 'les personnes qui font partie du contexte social des justiciables'.

<sup>18</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1 Nrn. 5 bis 7.

<sup>19</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1 Nrn. 1 bis 4.

<sup>20</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1 Nrn. 5 bis 7.

<sup>21</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1 Nr. 4.

<sup>22</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1 Nrn. 1 bis 3.

<sup>23</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1.

<sup>24</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 2.

<sup>25</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 1 Nr. 2.

Le contexte social du justiciable est défini à l'article 1<sup>er</sup>, 6<sup>o</sup>,<sup>[26]</sup> comme constitué de  
‘toutes les personnes qui ont un lien avec le justiciable et qui sont amenées  
de ce fait à entrer en contact avec le service compétent’.

(...)

Tel que cela résulte de la lecture combinée des articles 1<sup>er</sup>, 6<sup>o</sup>,<sup>[27]</sup> et 7, 2<sup>o</sup>,<sup>[28]</sup> de l'avant-projet, les catégories de personnes visées pourraient être interprétées de manière extrêmement large en manière telle qu'elles pourraient inclure des personnes qui ne présentent aucun lien relationnel particulier avec le justiciable en rapport avec les nécessités du suivi de la surveillance électronique de sorte que la récolte de données à caractère personnel les concernant ne pourrait se justifier au regard des finalités poursuivies.

Il s'indiquera de préciser le dispositif, soit à l'article 1<sup>er</sup>, 6<sup>o</sup>,<sup>[29]</sup> soit à l'article 7, 2<sup>o</sup>,<sup>[30]</sup> soit encore au sein de ces deux dispositions, (...) pour assurer le respect du principe de la minimisation du traitement des données.

(...)

#### 13.5.2. In Bezug auf Artikel 17 § 2

„1. (...) En outre, comme le requiert l'article 10 du RGPD, l'avant-projet doit préciser les garanties appropriées pour les droits et libertés des personnes concernées par le traitement des données relatives à leur condamnation pénale et aux infractions qu'ils ont commises.

2. De même, l'article 9, § 2, g), du RGPD autorise le traitement de données sensibles lorsque

‘le traitement est nécessaire pour des motifs d'intérêt public important, sur la base du droit de l'Union ou du droit d'un État membre qui doit être proportionné à l'objectif poursuivi, respecter l'essence du droit à la protection des données et prévoir des mesures appropriées et spécifiques pour la sauvegarde des droits fondamentaux et des intérêts de la personne concernée’.

En l'espèce, l'avant-projet reste en défaut de prévoir les mesures appropriées spécifiques qui permettront de sauvegarder les droits fondamentaux et les intérêts du justiciable en ce qui concerne les données visées par l'article 8, § 1<sup>er</sup>, 10<sup>o</sup>.<sup>[31]</sup>

<sup>26</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 2 Nr. 13.

<sup>27</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 2 Nr. 13. In der Begründung wird über die Tragweite von Artikel 2 Nr. 13 Folgendes präzisiert:

„Bei dem sozialen Umfeld (Nr. 13) handelt es sich um die Personen, die eine Verbindung mit dem Betroffenen haben. Das soziale Umfeld des Betroffenen kann sich auf die Personen aus seinem Privatbereich erstrecken, aus denen sein privates Umfeld (Familie oder nahestehende Personen) besteht, oder auf Fachleute, die bei dem Betroffenen intervenieren, jedoch nicht an der der Durchführung und Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung mitwirken. Zu diesen Fachleuten zählen das ÖSHZ, der Arbeitgeber, Allgemeinmediziner, Therapeuten, Hilfsdienste, etc.“.

<sup>28</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 1 Nr. 2.

<sup>29</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 2 Nr. 13.

<sup>30</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 1 Nr. 2.

<sup>31</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 10.

Les mesures prévues par l'article 10<sup>[32]</sup> de l'avant-projet selon lesquelles, '[d]ans l'exercice de ses missions, le service compétent collecte directement des données et documents auprès des justiciables et des personnes qui font partie du contexte social de celui-ci' (paragraphe 1<sup>er</sup>), d'une part, et 'collecte indirectement des données et documents auprès des autorités mandantes et des autres acteurs' (paragraphe 2), d'autre part, peuvent ainsi constituer des mesures qui contribuent au respect des dispositions précitées du RGPD<sup>33</sup>.

À cet égard, il y a lieu de relever que, selon le commentaire de l'article 8<sup>[34]</sup> de l'avant-projet, le service compétent 'ne traite pas ces données si elles ne sont pas communiquées directement par les justiciables, les autorités mandantes ou les autres acteurs'. Or les données et documents collectés auprès des autorités mandantes et des autres acteurs ne peuvent l'être que de manière indirecte. Pour éviter toute ambiguïté, le commentaire sera corrigé.

3. À l'article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 11<sup>o</sup>,<sup>[35]</sup> conformément au commentaire de cette disposition, il convient de préciser que ce sont les données de géolocalisation générées par l'ensemble du matériel de surveillance électronique dont dispose le service compétent qui peuvent être traitées.

4. Le commentaire de l'article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 13<sup>o</sup>,<sup>[36]</sup> précise que les 'données liées à l'enregistrement des conversations téléphoniques' visent plus précisément l'enregistrement des conversations téléphoniques passées par le service compétent avec l'ensemble des personnes concernées et les autorités mandantes.

Il résulte cependant de l'article 8<sup>[37]</sup> que la collecte de cette catégorie de données n'est autorisée qu'en ce qui concerne les justiciables (article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>,<sup>[38]</sup> lu en combinaison avec l'article 7, 1<sup>o</sup>,<sup>[39]</sup>). Cette catégorie de données n'est pas reprise en ce qui concerne les traitements autorisés pour les personnes qui font partie du contexte social des justiciables ou pour les autres acteurs impliqués dans l'exécution de la mission de mise en œuvre et de suivi de la surveillance électronique et pour les autorités mandantes (article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéas 2 et 3<sup>[40]</sup>).

Le dispositif ne permet donc pas de rencontrer l'intention de l'auteur de l'avant-projet. Il sera revu au regard de cette observation et moyennant le respect des principes de minimisation des données et de proportionnalité applicables aux traitements de données à caractère personnel.

En ce qui concerne la nécessité du traitement de cette catégorie de données lors de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique (article 5, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>,<sup>[41]</sup> lu en combinaison avec l'article 3, alinéa 1<sup>er</sup>,<sup>[42]</sup>), le commentaire de l'article, en ce qu'il précise

<sup>32</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 20.

<sup>33</sup> Fußnote 5 aus dem zitierten Gutachten : Voir l'observation n° 1 formulée sous l'article 10 de l'avant-projet.

<sup>34</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17.

<sup>35</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 11.

<sup>36</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 13.

<sup>37</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2.

<sup>38</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2.

<sup>39</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 1 Nr. 1.

<sup>40</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absätze 2 und 3.

<sup>41</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 1.

<sup>42</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 5 § 1.

que ‘ces données sont essentielles à la mise en œuvre de la surveillance électronique’, s’apparente à une clause de style ne permettant pas de comprendre, concrètement, en quoi ces données sont essentielles à la mise en œuvre de la surveillance électronique de telle sorte que leur traitement serait effectivement nécessaire à l’accomplissement des finalités précisées par l’article 6, § 1<sup>er</sup>,<sup>[43]</sup> de l’avant-projet.

5. Il résulte des finalités poursuivies par les traitements de données à caractère personnel en matière de recherche scientifique et de statistiques (article 5, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>,<sup>[44]</sup> (...) et en matière d’amélioration du fonctionnement du service compétent (article 5, § 1<sup>er</sup>, 4<sup>o</sup>,<sup>[45]</sup>) que les traitements qui sont autorisés par l’avant-projet portent en réalité sur une réutilisation des données traitées dans le cadre de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique (article 5, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>,<sup>[46]</sup>).

Or, en l’état actuel de la rédaction de l’article 8, §§ 2 à 4,<sup>[47]</sup> l’auteur de l’avant-projet, dès lors qu’il liste les catégories de données pouvant être traitées sans référence aux traitements effectués dans le cadre de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique (article 5, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>,<sup>[48]</sup>), autorise de nouveaux traitements initiaux de données à caractère personnel.

L’article 8, §§ 2, 3 et 4,<sup>[49]</sup> doit dès lors être réécrit afin d’autoriser les traitements de données à caractère personnel concernés uniquement dans le cadre d’une réutilisation des données, de telle sorte que seules les données collectées dans le cadre de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique (article 5, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>,<sup>[50]</sup>) pourront être exploitées et, le cas échéant, transférées aux fins visées aux articles 5, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup> à 4<sup>o</sup>,<sup>[51]</sup>. C’est en effet uniquement dans la mesure où ces données sont utiles à la mise en œuvre et au suivi de la surveillance électronique que leur traitement peut se justifier en matière de recherche scientifique et de statistiques, (...)

L’observation qui précède ne vaut toutefois pas en ce qui concerne les données relatives à l’exploitation des systèmes informatiques visés à l’article 10, § 4<sup>[52]</sup> (article 8, § 4, 12<sup>o</sup>,<sup>[53]</sup>) et les données liées à l’enregistrement des conversations téléphoniques (article 8, § 4, 13<sup>o</sup>,<sup>[54]</sup>). De tels traitements peuvent en effet se concevoir indépendamment de la mise en œuvre et du suivi des surveillances électroniques au sens de l’article 5, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>,<sup>[55]</sup> de l’avant-projet afin d’améliorer la qualité du service compétent. Comme le relève le commentaire de l’article 8<sup>[56]</sup>, l’enregistrement des conversations téléphoniques peut également servir ‘à la mise en place d’une formation ou d’un coaching des membres du

<sup>43</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 § 1.

<sup>44</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 2.

<sup>45</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 3.

<sup>46</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 1.

<sup>47</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 §§ 2 bis 4.

<sup>48</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 1.

<sup>49</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 §§ 2 bis 4.

<sup>50</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 1.

<sup>51</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nrn. 2 und 3.

<sup>52</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 21.

<sup>53</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 4 Nr. 12.

<sup>54</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 4, Nr. 13.

<sup>55</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 10.

<sup>56</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 §§ 2 bis 4.

service compétent afin d'optimiser les modes de communication de celui-ci et la qualité du travail fourni'.

6. Une différence paraît pouvoir être faite entre les catégories de données traitées selon que le service compétent est au stade de l'activation et de la mise en œuvre du suivi de la surveillance électronique ou de l'exécution du suivi du déroulement de celle-ci (article 6, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> et 2<sup>o</sup><sup>[57]</sup>), d'une part, ou qu'il effectue la clôture de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique, d'autre part (article 6, § 1<sup>er</sup>, 3<sup>o</sup><sup>[58]</sup>).

Par conséquent, l'article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup><sup>[59]</sup> de l'avant-projet doit être revu afin d'opérer cette distinction selon la sous-finalité poursuivie.

En outre, compte tenu du caractère particulièrement large des catégories de données dont le traitement est autorisé (nonobstant l'observation n° 2 formulée plus haut sous le chapitre I<sup>er</sup>, section 4) – et ce d'autant plus lorsqu'elles sont considérées cumulativement –, l'auteur de l'avant-projet précisera encore les finalités qui peuvent être poursuivies au regard de chaque catégorie ou sous-catégorie<sup>[60]</sup> de données pouvant être traitées. En d'autres termes, il convient de préciser pour chaque catégorie ou sous-catégorie de données quelles sont les raisons, au stade de l'activation et de la mise en œuvre du suivi de la surveillance électronique, au stade de l'exécution du suivi du déroulement de celle-ci ou au stade de la clôture de la mise en œuvre et du suivi de la surveillance électronique qui justifient le traitement de cette catégorie ou sous-catégorie de données. Une telle précision permettra de vérifier le respect du principe de la minimisation des données. À tout le moins, une habilitation sera accordée au Gouvernement à cette fin.

7. L'auteur de l'avant-projet doit être en mesure de justifier le fait que la mise en œuvre et le suivi de la surveillance électronique nécessitent le traitement de données relatives aux conditions de logement des personnes qui font partie du contexte social des justiciables (article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2,<sup>[61]</sup> en ce qu'il renvoie à l'article 8, alinéa 1<sup>er</sup>, 7<sup>o</sup><sup>[62]</sup>)“.

### 13.6. Bemerkungen über Artikel 20 des Vorentwurfs

Die folgenden im o.a. Gutachten 69.359/2 formulierten Bemerkungen über die mit Artikel 20 übereinstimmende Bestimmung gelten ebenfalls für den vorliegenden Vorentwurf:

„1. Le commentaire de l'article 8<sup>[63]</sup> de l'avant-projet précise que les données relatives aux condamnations pénales et aux infractions visées à l'article 10 du RGPD (article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 10<sup>o</sup> de l'avant-projet<sup>[64]</sup>)

‘figurent sur les décisions judiciaires communiquées aux services compétents par les autorités mandantes lorsque ces dernières le saisissent pour mettre en œuvre surveillance électronique. Ces données sont ensuite transférées dans le cadre du mandat, conformément à la législation fédérale. Ces données

<sup>57</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1 Nrn. 1 und 2.

<sup>58</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 16 Absatz 1 Nr. 3.

<sup>59</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1.

<sup>60</sup> Fußnote 7 aus dem zitierten Gutachten : Voir l'observation n° 2 formulée sous le chapitre I<sup>er</sup>, section 4.

<sup>61</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 2.

<sup>62</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 7.

<sup>63</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 §§ 2 bis 4.

<sup>64</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 10.

peuvent également figurer sur des extraits de procès-verbaux des rapports communiqués aux services compétents pour les autres acteurs’.

Par conséquent, les données relatives aux condamnations pénales et aux infractions visées à l’article 10 du RGPD font uniquement l’objet d’une collecte indirecte (en d’autres mots, dans le cadre d’une réutilisation de données). Cette précision permet de limiter les hypothèses de traitements et doit figurer au sein du dispositif.

Comme cela résulte du commentaire de l’article 8<sup>[65]</sup> de l’avant-projet, le service compétent ne traite pas les données dites sensibles (au sens de l’article 9 du RGPD) si celles-ci ne sont pas communiquées directement par les justiciables, les autorités mandantes ou les autres acteurs. Cette précision doit également figurer au sein du dispositif.

Plus généralement, compte tenu de l’ampleur des données qui peuvent être collectées en vertu de l’article 8<sup>[66]</sup> de l’avant-projet et du caractère sensible de certaines d’entre elles, l’auteur de l’avant-projet doit distinguer, pour chacune des catégories de données identifiées par l’article 8<sup>[67]</sup>, celles d’entre elles qui sont uniquement collectées de manière indirecte de celles qui peuvent également être collectées de manière directe auprès du justiciable ou des personnes qui font partir du contexte social de celui-ci.

2. Il résulte de l’article 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3<sup>[68]</sup>, en ce qui concerne les ‘autres acteurs’ et les ‘autorités mandantes’, que le service compétent peut collecter des données d’identification et de contact concernant ces personnes.

L’auteur de l’avant-projet vérifiera que ce traitement de données n’implique pas également une collecte directe de données et de documents auprès des autorités mandantes et des autres acteurs. Le cas échéant, l’article 10, § 1<sup>er</sup>,<sup>[69]</sup> de l’avant-projet sera modifié en ce sens.

3. L’article 10, § 3,<sup>[70]</sup> autorise le service compétent à s’adresser au Registre national des personnes physiques ‘en vue de vérifier l’exactitude des données dont il dispose’.

Cependant, le commentaire de cette disposition explique que

‘le service compétent va s’assurer de l’identité des justiciables dont ils sont amenés à traiter les données lors de leur suivi et le contrôle dans le cadre de la mise en œuvre d’une surveillance électronique. Pour vérifier l’exactitude des données récoltées à cette fin, le service compétent peut s’adresser au registre national des personnes physiques et, le cas échéant, à la banque Carrefour de la sécurité sociale’.

---

<sup>65</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 §§ 2 bis 4.

<sup>66</sup> *Ibid.*

<sup>67</sup> *Ibid.*

<sup>68</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 3.

<sup>69</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 20 § 1.

<sup>70</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 20 § 3.

Le commentaire de l'article n'est donc pas totalement en adéquation avec le dispositif. L'auteur de l'avant-projet clarifiera soit le commentaire soit le dispositif sur ce point.

4.1. L'article 10, § 4, alinéa 3,<sup>[71]</sup> précise que

‘[l]es membres du personnel du service compétent ont accès aux données, dans la mesure où elles sont nécessaires à l'exécution des tâches qui leur sont confiées et dans la mesure où elles ont été désignées à cette fin’.

4.2. (...)

La disposition est analysée dans le présent avis comme si c'étaient bien les membres du personnel du service compétent pouvant avoir accès aux données qui doivent être ‘désignés’ à cette fin.

En conséquence, dans cette seconde occurrence, le pronom ‘elles’ sera remplacé par le mot ‘ils’ et le participe passé ‘désignées’ sera écrit au masculin pluriel.

4.3. Il convient de préciser quelle est l'autorité en charge de cette désignation.

4.4. (...)

4.5. La désignation des membres du personnel du service compétent pouvant avoir accès aux données traitées doit également préciser la finalité en vue de laquelle ces personnes sont autorisées à avoir accès auxdites données (article 5, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> ou 4<sup>o</sup>,<sup>[72]</sup> ou en vue d'opérer les transferts requis par les finalités énoncées à l'article 5, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>,<sup>[73]</sup> (...)). En ce sens, il pourrait être opportun de distinguer un ‘droit de lecture’ d'un ‘droit d'écriture’, selon les tâches exercées et la finalité poursuivie.

4.6. L'article 10, § 4, alinéa 3,<sup>[74]</sup> sera revu et complété à la lumière de ces observations“.

### 13.7. Bemerkungen in Bezug auf Artikel 22 des Vorentwurfs

Die folgende im o.a. Gutachten 69.359/2 formulierte Bemerkung über die mit Artikel 22 übereinstimmende Bestimmung gilt ebenfalls für den vorliegenden Vorentwurf:

„Dès lors que la détermination des catégories de personnes ayant accès aux données traitées constitue un élément essentiel du traitement de données à caractère personnel qui doit, conformément au principe de légalité instauré par l'article 22 de la Constitution, figurer au sein de la norme législative instaurant ce traitement de données à caractère personnel, il convient de préciser, au sein de l'article 11, § 2,<sup>[75]</sup> quelles sont les catégories de personnes visées par les ‘autorités concernées’<sup>76</sup>. La seule mention au sein du commentaire de l'article 5<sup>[77]</sup> du fait que les données sont communiquées ‘aux autorités concernées, que sont notamment les universités et l'[I]nstitut national de criminalistique et

<sup>71</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 21 Absatz 3.

<sup>72</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15 § 2 Absatz 1 Nr. 1 oder 3.

<sup>73</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 2.

<sup>74</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 21 Absatz 3.

<sup>75</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 22 § 2.

<sup>76</sup> Fußnote 9 aus dem zitierten Gutachten: Voir notamment l'avis n° 68.936/AG précité.

<sup>77</sup> Das betrifft im vorliegenden Vorentwurf Artikel 15.

de criminologie (INCC) [...]’ ne permet pas de répondre à cette exigence de légalité dès lors qu’elle est dépourvue de caractère exhaustif et de caractère normatif<sup>78</sup>.

13.8. Zusätzlich zu den oben im Gutachten 69.359/2 formulierten Bemerkungen, die sinngemäß für die oben (in Fußnote) näher bezeichneten Bestimmungen des vorliegenden Vorentwurfs gelten, muss der Staatsrat noch bemerken, dass für die in diesem Kapitel enthaltenen Vorschriften auch noch das Gutachten der Datenschutzbehörde einzuholen ist. Somit muss gegebenenfalls wie oben bemerkt wurde (siehe oben Punkt 3), gehandelt werden.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Annemie GOOSSENS

Geert DEBERSAQUES

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Ronny VERCRUYSEN, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY

---

<sup>78</sup> In Bezug auf Artikel 22 des vorliegenden Vorentwurfs wurde der Beauftragten die Frage gestellt, ob die Regeln über die Übermittlung von Daten im Lichte des Legalitätsprinzips nicht durch Dekret festzulegen sind. Die Beauftragte antwortete:

„Zu den betroffenen Behörden gehören insbesondere Universitäten und das INCC. Es kann keine vollständige Liste der betroffenen Behörden definiert werden. Im Rahmen der in Artikel 15 §2 Absatz 1 Nummer 2 genannten Datenverarbeitung verarbeitet der zuständige Dienst anonymisierte oder pseudonymisierte Daten“.

Diese Antwort ist nicht so beschaffen, dass sie die aus dem o.a. Gutachten über Artikel 11 (dieses Gutachtens) formulierte Bemerkung widerlegen kann.